

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Samstags- und Sonntags-Nummern

Samstags- und Sonntags-Nummern

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. • Als Beilage das St. Quirinusblatt. • Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00. • Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. • Reichsbank-Giro-Konto. • Postfach-Konto Nr. 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9spaltige Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4spaltige Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. • Zahlung bei Aufgabe. •

Nr. 97

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Donnerstag, 28. April 1921 (Vitalis)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Neuestes in Kürze.

Berlin, 27. April. Der Verband deutscher Vereine Montebideo hat an die deutsche Regierung eine mit 800 Unterschriften versehene Eingabe gerichtet, zu veranlassen, daß die alte schwarz-weiß-rote Flagge als Reichsflagge wieder eingeführt oder daß wenigstens ein Aufzug zu den bestehenden Bestimmungen gemacht werde, wonach diese oder die heutige Handelsflagge als Fahne der Deutschen im Ausland zu gelten habe. Dieser Wunsch besteht überall bei den Deutschen im Ausland.

Berlin, 28. April. Der Reichsfinanzminister hat seine Zustimmung erteilt, daß die für den Winter geltenden Sätze der Arbeitslosenunterstützung über den 30. April hinaus fortgezahlt werden.

Frankfurt, 28. April. Nach einer Meldung hat die Rheinlandkommission neue Bestimmungen über die Mit Hilfe deutscher Polizisten bei Verhaftungen von Angehörigen der Besatzungsarmee erlassen. Den deutschen Polizisten ist es jetzt gestattet, bei Mord, Mordversuch, Angriffen mit Waffen, Raub, schweren Gewalttätigkeiten, Notzucht, schwerem Diebstahl, Brandstiftung und Hausfriedensbruch selbständig Verhaftungen vorzunehmen. Die Festgenommenen sind jedoch unverzüglich der nächsten alliierten Polizeibehörde zuzuführen.

Breslau, 28. April. Wie das Berliner Tageblatt meldet, hielten gestern nachmittag vier bewaffnete Banditen den faherplanmäßigen Personenzug Ratibitz-Breslau zwischen den Stationen Slawentz und Kandrין auf freier Strecke an und raubten aus dem Postwagen 4 Postfächer mit insgesamt 500 000 Mark Bargeld. Dreien der Räuber gelang es, zu entkommen, während der vierte ergriffen und von der Menge gehängt wurde.

Nach dem Beispiele Tirols.

Wien, 27. April. Nach der R. Z. hat der oberösterreichische Landtag einen großdeutschen Antrag einstimmig angenommen, worin der Nationalrat und die Bundesregierung aufgefordert werden, die Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland in der ganzen Republik durchzuführen, widrigenfalls Österreich diese Volksabstimmung selbständig vorzunehmen werde. Der Salzburger Landtag beschloß, das Verbot und den Einspruch der Bundesregierung gegen den Beschluß zur Vornahme der Volksabstimmung über den Anschluß nicht zur Kenntnis zu nehmen und bei der Vornahme dieser Abstimmung am 29. Mai d. J. zu verfahren.

Die Bozener Maut.

Bozen, 27. April. Der Bozener Gemeinderat hat in der letzten Sitzung eine Entschließung, in der er den Schmerz über die Opfer ausdrückt, gegen die Gewalttaten protestiert und erklärt, daß die Bevölkerung nimmermehr gezwungen sein werde, sich selbst zu schützen, um der ungesetzlichen Gewalt rechtmäßige Rache zu erlangen. Die am Montag auf freiem Himmel abgehaltene Protestversammlung hat eine ähnliche Entschließung.

Sie nehmen beim Worte.

Berlin, 27. April. Wie der Königsberger Korrespondent des Berliner Tageblatts meldet, sind nach dem Vorbild Tirols auch im Memelgebiet Bestrebungen im Gange, die für Memel das Selbstbestimmungsrecht verlangen. Wie sich die Entente und namentlich die in Memel herrschenden Franzosen zu diesen berechtigten Forderungen stellen werden, bleibt noch abzuwarten. Memel Stadt und Land wurde bekanntlich durch den Versailler Friedensvertrag von Deutschland abgetrennt. Die Memeler wissen aber bis auf den heutigen Tag noch nicht, zu welchem Staate sie gehören. Der großen Mehrheit nach ist das Memeler Land rein deutsch. Der Forderung auf Autonomie sind auch Nichtdeutsche beigetreten, welche Bürger Deutschlands waren und es auch weiter bleiben wollen.

Erschwerung.

Berlin, 27. April. Die Stelle des bisherigen Delegierten des Reichskommissars für die Aus- und Einfuhrbewilligung für die besetzten rheinischen Gebiete mußte auf Verlangen der Rheinlandkommission aus Köln nach Bad Godesberg verlegt werden. Die Stelle untersteht der interalliierten Rheinlandkommission. Die von ihr erteilten Aus- und Einfuhrbewilligungen werden mit dem Stempel der Interalliierten Kommission versehen. Derartig gefertigte Bewilligungen sind selbstverständlich keine rechtsgültigen deutschen Ein- und Ausfuhrbewilligungen und werden im unbesetzten Reichsgebiet nicht anerkannt.

Das besetzte Gebiet ist doch nun einmal auf das Eigentum der Entente Stelle angewiesen. Will man ihm den Verkehr nach Deutschland durch solche Politik noch erschweren?

Die Parteien zur Lage.

Berlin, 27. April. Bei Beginn der Besprechung der gestrigen Rede des Reichsministers des Innern Dr. Simons trug Dr. Meißner (D. Vp.) einem sehr schwach besuchten Hause folgende gemeinsame Erklärung des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Wahrsamen Volkspartei vor:

Nachdem die Londoner Verhandlungen abgebrochen waren, hat das deutsche Volk in fester Entschlossenheit die über große Teile Deutschlands verhängten Zwangsmassregeln getragen. Sie haben bisher ihren Zweck nicht erreicht. Sie werden auch verfehlt, wenn es nicht gelingt, die Zwangsmassregeln zu beseitigen. Unser Volksgesinnung dankt für ihre Treue. Wir sind überzeugt, daß sie auch in Zukunft, wenn es notwendig werden sollte, dieselbe Entschlossenheit und Opferwilligkeit beweisen werden. Das Volk hat uns aber nicht der Politik, alles zu tun, um neue Gewalt abzuwenden. Schwere Herzen, aber im Vollgefühl unserer Verantwortlichkeit sprechen wir unser Einverständnis dazu aus, daß die Regierung den Weg, der sich ihr bot, betreten hat, um die Vermittlung des Reichspräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu erlangen. Wenn der Präsident diese Aufgabe übernimmt, so eröffnet damit die Aussicht, der Welt den Frieden zu geben, nach dem sie ruft, und die freibeiwillige Entwicklung Deutschlands in ruhigen Bahnen zu sichern. Die Vorschläge, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mitgeteilt worden sind, muten uns ungeheuer an. Das deutsche Volk ist aber gewillt, rückhaltlos zu leisten, was es überhaupt leisten kann. Es wird mit der Auffassung sein, daß für vordringende Betrachtungen jetzt keine Zeit ist. Schlicht auch dieser Versuch, so ist vor der Geschichte festgelegt, daß Deutschland alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um den ersehnten und verdienten Weltfrieden zu verschaffen. In diesem Bewußtsein würde das deutsche Volk allen Schwere, das die Gewalt verhängen kann, furchtlos und ungebeugt standhalten. (Beifall bei der Mehrheit.) Zuruf der Kommunisten: Eine Jammerekläre!

Abg. Müller-Franken (M.D.P.): Der Außenminister hätte in solchen Lebenslagen der Nation mindestens den Auswärtigen Ausschuss rechtzeitig unterrichten sollen. Die in Ausnahmefällen von der Gewerkschaftsinternationale gefassten Beschlüsse sind das Schicksal an Wohlwollen, das vom Ausland für Deutschland angebracht wird. Die Parteien der Rechten haben kein Recht, über die Verletzung der deutschen Vorkriegs-Rechnungen zu führen, denn sie wollten nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen ja überhaupt keine neuen Vorschläge. Wenn den Bewohnern der zerstörten Gebiete nicht früher Entschädigung gegeben werden konnte, so liegt das an dem französischen Minister Rouvier, der gegen die Hilfsaktion der deutschen Gewerkschaften Einspruch erhoben hat. (Stört, lacht.) Meine Fraktion ist noch heute der Meinung, daß die Pariser Forderung der 42 Jahreszahlungen unerfüllbar ist. Wenn das Reichsamt die in seinen neuen Vorschlag übernommenen Lasten für erträglich hält, so haben wir keinen Anlaß, dagegen zu sein. Prellfragen dürfen die Verhandlung nicht verfehlen. Die Arbeitslosenpolitik unserer Industrie treibt die Entente geradezu zum Angriff auf das deutsche Volk. Auch die Parteien der Rechten aus dem Verhängnis des Weltkriegs in Deutschland ihre Schlüsse. Große Kapitalisten sind in Rußland angelockt, weil das eine sichere Anlage ist als diejenige in Wertpapieren. Das ist eine falsche Vorstellung vom

falschen Wohlstand Deutschlands, hindert aber auch die Gesundung unserer Finanzen und schafft den kommunistischen Agitationsstoff. Als der Redner die Beisetzungsfeier der ehemaligen Kaiserin als monarchistische Demonstration und besonders die Teilnahme von Reichswehrangehörigen verurteilt, kommen von der Rechten laute Entrüstungs- und Protestrufe, die von den Sozialdemokraten zurückgegeben werden. Wir wollen unser Volk gegen wirtschaftliche Verfallung und politische Zerreißung schützen.

Abg. Helfferich (D.Nf.): Dem Abg. Müller-Franken vorwirft, er habe mit seiner Rede dem Verband der Arbeiter gegen Deutschland in die Hand gegeben, protestieren die Sozialdemokraten mit lauten Zurufen. Als der Redner die Ausführungen Müllers über die Beisetzungsfeier der Kaiserin als ein Zeugnis niedriger Gesinnung bezeichnet, begleiten die Sozialdemokraten ihn mit Pfuirufen gegen die Sozialdemokraten, die von den Sozialdemokraten mit Gegenrufen beantwortet werden. **Abg. Helfferich** sagt, Deutschland bedürfe einer moralischen Reinigung. Wir sind bereit, schwere Opfer zu bringen, um das deutsche Volk vor der drohenden Katastrophe zu bewahren. Wir bringen aber diese Opfer nicht mit dem Gefühl einer moralischen Verpflichtung, ein Gefühl, wie es leider aus der Rede des Ministers Simons herausklingt. Wir sind damit einverstanden, daß dem Präsidenten Harding das Vermittleramt angeboten wurde. Es muß aber festgestellt werden, daß die Schuld an den entsetzlichen Folgen des Friedens der früheren Präsidenten Willson trägt, der nichts von seinen Worten eingelöst hat. Das amerikanische Volk hat sein Urteil über diesen Mann schon gesprochen. (Beifall.) Nach unserer Meinung geht das Angebot der Regierung weit über die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit hinaus. Je mehr wir zurückweichen, um so unerhöhter wird die Sprache des Herrn Brand. Minister Simons ist der verträglichste Mann der Welt, aber aus seinem hohen Gerechtigkeitsgefühl heraus beurteilt er die Staatsmänner des Auslandes so wie sich. Das ist kein großer Verdienst. Frankreich will in jedem Preis an den Rhein. Die Auslieferung des deutschen Bodenkriegsvermögens an Frankreich könnte auch unsern Arbeitern nicht gleichgültig sein. Was den Engländern mit dem kleinen Irland nicht gelungen ist, wird dem Verband auch mit Deutschland nicht gelingen. Die Weltgeschichte war mit dem Jahre 1807 nicht zu Ende, sie wird auch 1921 nicht zu Ende sein. (Verhafter Beifall rechts, verlegenes Gähnelachen auf den Tribünen.)

Abg. Dr. Breitscheid (L. S.): Das Wort nimmt, verlassen die meisten Abgeordneten der Rechten den Saal. Er sagt: Wir empfinden zur Wiedergutmachung auch eine moralische Verpflichtung, weil während des Krieges Zerstörungen verurteilt worden sind. Es war notwendig, daß in der kritischen Zeit Herr Reichsamt in Freiheit und Herr Simons in Lugano verhaftet. Auch wir finden es notwendig, daß das deutsche Volk über die notwendige Schwere der Politik des Ministers erst aus dem Pariser Matin etwas erfahren konnte.

Abg. Frölich (Komm.): richtet heftige Angriffe gegen die Regierung und die Rechten, aber auch gegen die Arbeiterschaft. Er sagt: Die Rechten haben den Krieg und seinen Folgen vorwirft. Die Rechten der Regierung bedeuten nur die Zustimmung dazu, daß das internationale Kapital des internationalen Proletariats ausbeuten kann.

Büchler in Leipzig erhob entschieden Protest gegen die geplante Neuordnung der Reichsregierung.

Amerika.

New York, 27. April. Während „New York Tribune“ das deutsche Anerbieten lediglich als Londoner Anerbieten in anderer Gestalt und als stümperhaften Versuch, den Vertrag zum Scheitern zu bringen, charakterisiert, meint „New York World“, das Anerbieten verdiene die gründlichste Prüfung. Die Reuter aus Washington meldet, hat die amerikanische Regierung bis heute mitlag keine von ermächtigt Seite herkommende Nachricht erhalten. Inzwischen wird das Staatsdepartement den Empfang einiger Angaben über die Annehmbarkeit der deutschen Gegenanträge abwarten, ehe es nach Berlin eine Antwort erteilt.

Berlin, 28. April. Blättermeldungen aus London zufolge sind dort Nachrichten eingetroffen über die wahrheitsliebende Bereitwilligkeit Amerikas, mit Deutschland weiter zu verhandeln, um eine Grundlage zu neuen Besprechungen mit Deutschland und den Alliierten zu finden. Amerika wird vermutlich Frankreich zu verstehen geben, daß eine Forderung des Ruhrgebietes Amerikas unannehmbar sein würde, so lange nicht alles versucht worden sei, um vorher zu einer Verständigung zu gelangen. Im Falle einer Weigerung Frankreichs, vorläufig von weiteren Gebietsbesetzungen abzusehen, sollen England und Italien gebeten werden, die neuen Pläne Frankreichs nicht zu unterstützen.

Berlin, 28. April. Wie die Vossische Zeitung hört, hat der englische Vorkämpfer in Berlin, Lord D'Abernon, gestern den Reichsminister Dr. Simons aufgefordert, der ihm erläuternde Erklärungen zu den deutschen Vorschlägen mache.

Wirtschaftsnotwehr.

Die am 23. April 1921 zu Köln versammelten Mitglieder des Vereins Deutscher Rasse- und Großhändler und Röster stimmten der von dem Vorstand gemeinsam mit den anderen Fachverbänden gefassten Entschließung einstimmig zu, wonach den Mitgliedern dringend empfohlen wird, von allen gesellschaftlichen Beziehungen mit den Ländern, die sich den „Sanktionen“ angeschlossen haben, Abstand zu nehmen. Die Mitglieder werden jedes Geschäft mit diesen Ländern ablehnen, solange die „Sanktionen“ in Kraft bleiben. Ferner wird dringend erwartet, daß der Fachhandel des unbesetzten Deutschlands in Anerkennung der wiederholt kundgegebenen Bereitwilligkeit des besetzten Gebietes, die schwersten wirtschaftlichen Lasten im Reichsinteresse auf sich zu nehmen, ihm diese tragen hilft (Rheinische), keine unbilligen und ungerechtfertigten Forderungen, wie Vorausbezahlung und Kreditverlängerung, stellt und insbesondere im Wettbewerb die Notlage des besetzten Gebietes nicht ausnützt. Der Verein erkennt die Notwendigkeit einer Aufbesserung jenseits des Rheins an; er fordert jedoch, daß eine bürokratische Handhabung derselben vermieden wird.

Der Verbrauchsrückgang.

Im Ausland redet man sich häufig vor, daß in Deutschland von Einkünften im Verbrauch nicht die Rede sei und stellt die Sache vielfach so dar, als ob Deutschland gewissermaßen über seine Verhältnisse lebe. Tatsächlich ist aber der Konsumrückgang in Deutschland außerordentlich stark. Nachstehende Zahlen verdeutlichen den Konsumrückgang des deutschen Volkes in den notwendigen Lebensmitteln und Verbrauchsgütern pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm:

	1913	1920
Fleisch	52 Kilogramm	20 Kilogramm
Wohl	125 „	83 „
Baumwolle	7,8 „	2,3 „
Wolle	2370 „	1770 „
Guten	253 „	100 „

Allerdings gibt es in Deutschland gewisse Kreise, die durch Kriegsgewinn und Schieberium einen höheren Verbrauch aufzuweisen haben, als in diesen Durchschnittszahlen zum Ausdruck kommt. Aber diese Kreise stellen eben nicht das deutsche Volk dar.

Ablehnung der Bierpreiserhöhung.

Berlin, 27. April. Die Beamtete Geräuflung der Höchstpreise für achtprozentiges Bier am 30. März für das Hefteliter ist von der Regierung abgelehnt worden. Dagegen soll die Preisfestsetzung für dasjenige Bier den Brauereien überlassen bleiben, das mit mehr als 10 v. H. Stammwürze gebraut werden darf.

Ein Vorschlag zur Wohnungsnot.

Der Berliner Architekt Paul Gieseler legt im Berliner Tageblatt einen Plan zur Steuerrung der Wohnungsnot vor, worin es heißt:

Das praktische Amerika baut schon längst Schränke, Regale, Tische, Stühle und Kissenmöbel auch in die Mietshäuser mit ein. Der Bau eines Wohnhauses mit zehn Dreizeimmerwohnungen, vollkommen möbliert, dürfte etwa infolge Grundstück 900 000 Mark kosten. Möbel und Betten, Vorhänge, Porzellan und Gläser nicht eingeschlossen. Dann würden die Kosten einer möblierten Dreizeimmerwohnung 90 000 Mark betragen. Bei einer Vergütung von 7200 Mark oder wäre dies eine Jahresmiete von 7200 Mark oder Monatsmiete pro Raum (die Küche eingeschlossen) 150 Mark. Da man jetzt für ein möbliertes Zimmer monatlich 200 bis 300 Mark zahlt, so müßte zweifelslos abgeschlossene Wohnungen, die möbliert sind, Liebhaber finden. Die Vorteile für die junge Paare, die sich keine Einrichtung kaufen brauchen, liegen besonders in dem leichteren und bedeutend billigeren Wohnungswechsel.

Es ist nicht zu befürchten, daß diese Wohnungen den Reiz des Persönlichen verlieren, da doch nur sehr wenige sich ihre Möbel nach eigenem Geschmack anfertigen lassen können und sehr viel durch Bilder, Bücher, Vorhänge, Decken, Tapeten und Kleinfachmöbel erreicht werden kann. Ebenso wie man teurer bauen kann, wird es möglich sein, noch billiger möblierte Wohnungen herzustellen, indem man auch den arbeitenden Bevölkerung, die besonders oft den Wohnungswechsel ausgeht, in Betracht zieht. Dem Architekten aber bietet sich durch die Möglichkeit, alle Schränke, Regale und Wandmöbel bei der Planerstellung schon berücksichtigt zu müssen, wodurch an Raum viel gespart werden kann, ein dankbares Feld für praktische Kombinationen. Auch wäre es nicht ausgeschlossen, daß große Möbelfabriken diese Gelegenheit ergreifen, Bauherren werden, und sich so ein ständiges Absatzgebiet ihrer Erzeugnisse sichern. Wenn ein solches möbliertes Haus auch natürlich nicht allen Bedürfnissen gerecht werden kann, so dürfte es sich wegen seiner vielen Annehmlichkeiten doch über die jahrelang geübte Sparfameit hinaus in vielen Fällen praktisch bewähren, und was die Hauptsache ist, es könnte sofort der Anfang gemacht werden, um ohne Staatsmittel, die so knapp geworden sind, die drückende Wohnungsnot zu beheben!

